

**Urs Schildknecht**

**Grundrechtsschranken in der  
Europäischen Gemeinschaft**

**Eine Untersuchung der Rechtsprechung  
des Europäischen Gerichtshofes**



**PETER LANG**

Europäischer Verlag der Wissenschaften

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>11</b>
<b>Erster Teil. Die Schranke der freien Berufsausübung und der Ausübung des Eigentumsrechts</b>	
<b>A. Der Anwendungsbereich und der Inhalt der Schranken Klausel</b>	<b>15</b>
<b>I. Anwendbarkeit auf alle beschränkbaren Freiheitsgrundrechte?</b>	<b>16</b>
<b>II. Der Anwendungsbereich im Normbereich des Eigentumsrechts und der Berufsfreiheit</b>	<b>20</b>
1. Geltung für die Ausübung des Eigentumsrechts und die freie Berufsausübung	21
2. Schranke der Ausübung des Eigentumsrechts versus Schranke des Eigentumsrechts	22
3. Schranke der freien Berufsausübung versus Schranke der Berufsfreiheit	27
m. Weitere eigenständige Schranken und Schranken Kriterien?	31
1. Vorbehalt von Einschränkungen im öffentlichen Interesse	33
2. Einfügung der Grundrechte in Struktur und Ziele der Gemeinschaft	35
3. Begründung der Schrankengeltung: gesellschaftliche Funktion der Rechte	37
4. Feststellung weiterer Kriterien zur Rechtfertigung von Eingriffen	40
a) Schranken Kriterien in Urteilen ohne Schranken Klausel	40
b) Feststellung von Ausgleichspflichten in Geld?	41
c) Weitere Schranken Kriterien?	44
5. Ergebnis: Die Maßgeblichkeit der Schranken Klausel	47
<b>B. Die Schranken Kriterien</b>	<b>49</b>
<b>I. Das Gemeinwohlerfordernis als selbständiges Kriterium</b>	<b>49</b>
<b>II. Die gerichtliche Kontrolle der Verhältnismäßigkeit von Eingriffen</b>	<b>51</b>
1. Die beschränkte Verhältnismäßigkeitsprüfung von Maßnahmen des Gemeinschaftsgesetzgebers auf bestimmten Sachgebieten	51
a) Die Prüfungsstruktur	52
b) Die Ermessensspielräume des Gemeinschaftsgesetzgebers	54
c) Die Ausgestaltung der beschränkten Verhältnismäßigkeitsprüfung	56
aa) Prognosegrundsatz	56
bb) Offensichtliche Ungeeignetheit	59
cc) Offensichtliche Fehler hinsichtlich der Erforderlichkeit	60
dd) Offensichtliche Unangemessenheit	63
ee) Darlegungslast	71
ff) Beschränkungen in tatsächlicher Hinsicht	72
2. Die weniger beschränkte Verhältnismäßigkeitsprüfung von Maßnahmen des Gemeinschaftsgesetzgebers auf Sachgebieten außerhalb des Ermessensbereichs	73
a) Die Urteile Bosphorus und Metronome Musik	73
b) Ergebnis	76
3. Die strenge Verhältnismäßigkeitsprüfung von administrativen Maßnahmen der Kommission	77

a) Die Urteile T. Port und Affish	78
b) Ergebnis	81
4. Beschränkte oder strenge Verhältnismäßigkeitsprüfung von Maßnahmen der Mitgliedstaaten?	82
5. Ergebnis: Die Stufen der gerichtlichen Kontrolle der Verhältnismäßigkeit	84
6. Stellungnahme zur beschränkten Verhältnismäßigkeitsprüfung	87
HI. Die Garantie des Wesensgehalts	91
<b>C. Ersatz und Ergänzung von Grundrechtsschutz durch allgemeine Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit</b>	<b>95</b>
<b>I. Ersatz durch den selbständigen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei der beschränkten Kontrolle von Maßnahmen des Gemeinschaftsgesetzgebers</b>	<b>96</b>
1. Die beschränkte Prüfung des selbständigen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	98
2. Die Teilgrundsätze	100
3. Die Ermessensspielräume	102
a) Auf dem Gebiet der gemeinsamen Agrarpolitik	
b) Außerhalb der gemeinsamen Agrarpolitik	104
c) Die absehbare Entwicklung	105
4. Die Ausgestaltung der beschränkten Prüfung des selbständigen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	107
a) Prognosegrundsatz	109
b) Beschränkung auf offensichtliche Verstöße gegen die Teilgrundsätze	112
c) Darlegungslast	118
d) Beschränkungen in tatsächlicher Hinsicht	120
5. Gleichermaßen beschränkte Prüfung als Folge verschiedener Ermessensspielräume?	121
6. Ergebnisse	125
n. Die isolierte Prüfung der Verletzung von Grundrechten und des Verstoßes gegen sonstige allgemeine Rechtsgrundsätze	127
1. Bestimmtheitsgrundsatz und Handlungsbefugnis	129
2. Vertrauensschutz, Diskriminierungsverbot, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Übergangs- und Härtefallregelungen	131
a) Bananenmarktordnung und Übergangs- und Härtefallregelungen	133
b) Bananenmarktordnung und Diskriminierungsverbot	138
c) Milchquoten und Übergangs- und Härtefallregelungen	141
3. Ergebnis	150

## **Zweiter Teil. Die Schranken des Rechts auf Achtung des Privatlebens, der Unverletzlichkeit der Geschäftsräume, der Meinungsfreiheit und der Religionsfreiheit**

<b>A. Die Schranke des Rechts auf Achtung des Privatlebens</b>	<b>155</b>
<b>I. Die Anwendung der Schranken Klausel</b>	<b>155</b>
1. Anwendung auf Eingriffe durch mitgliedstaatliche Maßnahmen	155
2. Anwendung auf Eingriffe durch Gemeinschaftsorgane	157
3. Keine pauschale Übernahme von Art. 8 II EMRK	159
4. Übertragung der Schranken Klausel auf das Recht auf Achtung des Privatlebens	161

<b>II. Die Schranken Kriterien</b>	162
1. Das Gemeinwohlerfordernis und die Einschränkungszwecke	163
2. Die Intensität der gerichtlichen Kontrolle der Verhältnismäßigkeit	165
a) Darlegungs- und Beweislast	165
b) Strenge Verhältnismäßigkeitsprüfung einer administrativen Maßnahme der Gemeinschaft	166
<b>B. Die Schranke der Unverletzlichkeit der Geschäftsräume</b>	169
<b>I. Die Feststellung der Schranke</b>	169
1. Die „Sphäre der privaten Betätigung“	169
2. Grundrechtliche Bedeutung	171
3. Die Schranken Kriterien	175
n. Anerkennung eines Richtervorbehalts für Durchsuchungen?	176
<b>C. Die Schranke der Meinungsfreiheit</b>	181
<b>I. Die Feststellung der Schranke</b>	181
1. Feststellungen bei Maßnahmen der Gemeinschaft	181
2. Feststellungen bei Maßnahmen der Mitgliedstaaten	185
a) Maßnahmen außerhalb des Anwendungsbereichs des Gemeinschaftsrechts	185
b) Art. 10IIEMRK als Erkenntnisquelle einzelner Schranken Kriterien	187
aa) Das Urteil ERT	187
bb) Das Urteil TV 10	190
cc) Das Urteil Familiapress	192
3. Ergebnis: Die bislang festgestellte Schranke	195
n. Die Schranken Kriterien	197
1. Die Einschränkungszwecke	197
2. Die strenge gerichtliche Kontrolle der Verhältnismäßigkeit	198
a) Die strenge Verhältnismäßigkeitsprüfung	198
b) Besondere Strenge wegen Beschränkung der Meinungsfreiheit	201
c) Besondere Strenge wegen enger Auslegung von Schranken der EMRK	205
<b>D. Die Schranke der Religionsfreiheit</b>	209
<b>E. Unterschiedliche Schranken für Maßnahmen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten?</b>	213
<b>I. Unterschiedlichkeit der Schranken?</b>	214
<b>II. Auswirkungen der Grundrechtskontrolle auf den Regelungsspielraum der Mitgliedstaaten</b>	215
1. Verengung des Regelungsspielraums	216
2. Erweiterung des Regelungsspielraums	217
a) Grundrechtlich fundierte Zwecke	218
b) Erforderlichkeit der Beschränkung der Grundfreiheit	220
c) Angemessenheit der Beschränkung der Grundfreiheit	220
<b>in. Stellungnahme zur Grundrechtskontrolle nationaler Maßnahmen im Rahmen der Grundfreiheiten</b>	222

### **Dritter Teil. Die Bedeutung der Erkenntnisquellen für die Ermittlung der Schranken**

<b>A. Die Bedeutung der gemeinsamen Verfassungstraditionen</b>	228
I. Keine unmittelbare Geltung nationaler Schranken	228
n. Die Bedeutung der Verfassungen der Mitgliedstaaten	229
1. Allgemeines	230
2. Die Bedeutung für die Ermittlung der Schranken	230
<b>B. Die Bedeutung der EMRK</b>	233
I. Keine unmittelbare Geltung der EMRK	233
n. Die Bedeutung als Erkenntnisquelle und als Minimalstandard	236
1. Argumente bezüglich der allgemeinen Rechtsgrundsätze	237
2. Nachweisbarkeit des Minimalstandards?	243
a) Anwendbarkeit und Ermittlung des Normbereichs der Grundrechte	243
b) Ermittlung der Grundrechtsschranken	248
3. Ergebnis	255
<b>Zusammenfassung der Ergebnisse</b>	257
<b>Literaturverzeichnis</b>	265